

(A)

Plenarprotokoll 15/173 (C)

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

173. Sitzung

Berlin, Freitag, den 22. April 2005

...

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Winfried Nachtwei vom Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundeswehr hat von der Politik den Auftrag erhalten, die internationale Krisenbewältigung im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen heute und auch in Zukunft zu unterstützen. Wir haben heute Morgen der Bundeswehr einen weiteren konkreten Auftrag gegeben, nämlich die Unterstützung der großen UN-Mission im südlichen Sudan. Es ist selbstverständlich, dass die von uns entsandten Soldatinnen und Soldaten für die Erfüllung dieses Auftrags angemessen ausgestattet werden. Das schließt den bestmöglichen Schutz dieser Soldaten ein. Dazu gehört in kritischeren Einsätzen sicherlich auch die Luftverteidigung.

Das taktische Luftverteidigungssystem MEADS soll ab 2015 das bisherige Luftverteidigungssystem „Patriot“ ergänzen und schließlich ersetzen. Es soll Schutz gegen ein bestimmtes Spektrum von Luftbedrohung bieten.

In der **Rüstungsbeschaffung- und -entwicklung** ist in der Vergangenheit das so genannte Systemnachfolgedenken vorherrschend gewesen. Es reicht heutzutage aber ganz und gar nicht mehr aus, nur etwas Neues zu entwickeln, wenn ein vorhandenes System immer älter wird. Man muss vielmehr vier Schlüsselfragen beantworten.

Erstens. Ist ein solches Vorhaben angesichts der wahrscheinlicheren Bedrohungen und vorhandenen Fähigkeiten militärisch notwendig?

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Nachtwei, darf ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Niebel zulassen?

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Ja, bitte schön.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Niebel.

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege Nachtwei. – Sie haben gerade die Einsätze der Bundeswehr in verschiedenen Regionen der Welt angesprochen und darauf hingewiesen, dass das Luftverteidigungssystem MEADS die bisherige Luftverteidigung ab 2015 ablösen soll. Stimmen Sie mir zu, dass bei keinem einzigen Auslandseinsatz der Bundeswehr derzeit „Patriot“-Raketensysteme im Einsatz sind?

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf kommt er jetzt gleich! Warten Sie mal ein bisschen!)

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe gerade in meiner ersten Schlüsselfrage die wahrscheinlicheren Bedrohungen angesprochen. Bei den bisherigen Stabilisierungseinsätzen ist es in der Tat so, dass solche Systeme nie im Einsatz waren. Wir

- (A) brauchten sie auch nicht. Als Antwort auf diese Schlüsselfrage sage ich, dass wir der Auffassung sind, dass wir auch bei künftigen Stabilisierungseinsätzen ein solches System gegen eine solche Art von Bedrohungen am wenigsten brauchen. Wir brauchen eher Systeme gegen die Bedrohung zum Beispiel durch Mörser.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Ist ein solches Vorhaben angesichts der technischen und finanziellen Risiken beherrschbar?

Drittens. Ist es vorrangig angesichts anderer schmerzhafter Finanzierungslücken im Investitions- und Personalhaushalt der Bundeswehr?

Viertens. Ist es berechtigt im Hinblick auf eine umfassende und vorbeugende Sicherheitspolitik, die auf ausgewogene politisch-diplomatische, zivile, polizeiliche und militärische Fähigkeiten angewiesen ist?

Hierzu äußerten wir seit geraumer Zeit – Sie haben es alle gehört – deutliche **Bedenken**. In meiner Antwort auf die Zwischenfrage habe ich zu erkennen gegeben, dass sie nur in Teilbereichen, aber nicht in allen wesentlichen Punkten ausgeräumt sind.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Aha!)

- (B) Diese Bedenken stießen auf viel Zuspruch. Bemerkenswerterweise gab es entsprechende Stimmen nicht nur aus dem Bereich der unabhängigen Forschung, sondern auch von etlichen sehr einsatzerfahrenen hohen Offizieren. Gleichzeitig mussten wir sehr nüchtern feststellen, dass wir uns mit unseren Argumenten nicht durchsetzen konnten.

Wir konnten uns nicht beim Verteidigungsminister durchsetzen, der sich in dieser Frage gegenüber der NATO in einem Bereich schon etwas deutlicher festgelegt hatte, in dem die Bundesrepublik traditionell besondere Beiträge im Bündnis leistet. Diese Tatsache kann man nicht beiseite wischen.

Wir konnten uns mit unseren Argumenten auch nicht bei unserem größeren Koalitionspartner durchsetzen. Diese Vorgänge passieren innerhalb von Koalitionen immer wieder. Weil man aber in einer Koalition gemeinsam agieren will und muss, haben wir in dieser Situation trotz unserer Bedenken zugestimmt.

Es bleibt aber Folgendes:

Erstens. Die haushalterische Kontrolle wird in den nächsten Jahren streng fortgesetzt.

Zweitens. Diese Entscheidung ist kein (C) Präjudiz für eine Beschaffung.

Drittens. Es war eine nützliche Nebenwirkung – das ist auch von Friedensforschern festgestellt worden –, dass wir seit langem wieder einmal eine umfassendere öffentliche Debatte über ein Rüstungsprojekt geführt haben, angesichts der wir merken: Wir brauchen wirklich eine umfassende sicherheitspolitische Debatte, weil viel zu wenig Klarheit und Einigkeit darüber besteht, wofür die Bundeswehr eingesetzt werden soll und was sie leisten kann und was nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Die Grünen haben gekämpft. Wir waren dabei nicht erfolgreich. Die **FDP** hatte im Verteidigungsausschuss und in der Öffentlichkeit viele Möglichkeiten zur Kritik.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sie auch!)

Ich habe es selbst erlebt. Sie schwiag nicht nur, sondern signalisierte – zumindest die Verteidigungspolitiker – bis vor kurzem Zustimmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie sich jetzt auf den letzten Metern groß als Rüstungskritiker aufblasen, dann ist die Absicht durchsichtig. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP)

Offenkundig geht es Ihnen nicht um die Sache, sondern einzig und allein um parteipolitischen Profit. Wir wissen: Das ist leider oft üblich. Aber bei Ihnen mischt sich in diese Parteitaktik ein Gipfel an Heuchelei und Verlogenheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Ich denke, auch bei der Union wächst die Erleichterung darüber, dass der sicherheitspolitische Sprecher einer solchen Fraktion nicht zum Wehrbeauftragten gewählt wurde.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dirk Niebel [FDP]: Und trotzdem hätten wir zusammen mit den Grünen eine Mehrheit! – Jürgen Koppelin [FDP]: Jetzt könnten wir ablehnen!)

...

